

Deutsche Vereinigung für
Rehabilitation e. V. (DVfR)
Friedrich-Ebert-Anlage 9
69117 Heidelberg

Tel.: 06221 / 18 79 01-0
Fax: 06221 / 16 60 09
E-Mail: info@dvfr.de
www.dvfr.de

Heidelberg, 24. November 2011

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation zu Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention (BRK)

Mit Verwunderung und auch Sorge verfolgt die DVfR die bildungspolitische Debatte in Deutschland um die BRK, die allzu oft auf die institutionelle Frage verengt wird. Dabei wird nicht selten eine vermeintliche Frontstellung zwischen Regel- und Sonderschule (Förderschule) aufgebaut.

Die DVfR erinnert daran, dass die BRK in Artikel 24 an erster Stelle das Recht auf Bildung für jeden Menschen mit einer Behinderung einfordert – eine Forderung, die in Deutschland seit einigen Jahrzehnten erfüllt ist, keineswegs jedoch weltweit. Die BRK plädiert einerseits für ein inklusives Bildungssystem auf allen Stufen, andererseits – unter den Aspekten von Teilhabe und Persönlichkeitsentfaltung – für besondere Bildungsangebote, etwa für blinde und gehörlose Menschen. Damit entwerfen die Vereinten Nationen das Bild eines Bildungswesens, das prinzipiell allen behinderten jungen Menschen Zugang gewährt, das vorzugsweise egalitär, d. h. inklusiv organisiert ist, das aber als Antwort auf menschliche Vielfalt und individuelle Bedürfnislagen sehr wohl auch besondere pädagogische Maßnahmen vorsieht.

An keiner Stelle der UN-Konvention findet sich allerdings die Forderung nach Abschaffung von Sonderschulen. In Artikel 24 Absatz 2b ist lediglich niedergelegt, dass die Vertragsstaaten behinderten Schülern den Zugang zu einer inklusiven, wohnortnahen Schule ermöglichen sollen. Noch eindeutiger ist die Position des Europarats in seinem Aktionsplan „zur Förderung der Rechte und vollen Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft“ vom 5.4.2006, wo es heißt: „Allgemeine und spezialisierte Einrichtungen sollten zur Zusammenarbeit ermutigt werden, um behinderte Menschen in ihren örtlichen Gemeinschaften zu unterstützen, aber immer mit dem Ziel der vollständigen Einbeziehung“ (Aktionslinie Nr. 4: Bildung, S.21). Die DVfR setzt sich dafür ein, überall die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Eltern und Schüler eine echte Wahlmöglichkeit zwischen den verschiedenen Schul- und Unterrichtsformen haben.

Das Bildungsrecht für behinderte Kinder und Jugendliche wurde in Deutschland bisher traditionell in Form eines separaten Sonderschulsystems eingelöst. Es gibt aber gute Gründe anzunehmen, dass gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülern große Vorzüge aufweist. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es daher vermehrte Anstrengungen für eine gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler, und die offizielle Bildungspolitik laut KMK-Beschluss von 1994 favorisiert sogar den Vorrang des gemeinsamen Unterrichts. Die gegenwärtige Situation ist aber nach wie vor höchst unbefriedigend, denn nur 20,1 % der behinderten Schülerinnen und Schüler besuchen bundesweit eine Regelschule.

Die entscheidende Voraussetzung für die Etablierung einer inklusiven Schule ist die Veränderungsbereitschaft der allgemeinen Schule. Man muss das gesamte Bildungssystem im Blick haben, wenn man Reformen im Bildungssektor für behinderte Schülerinnen und Schüler voranbringen will. Nichts wäre gewonnen, wenn man ein Teilsystem, nämlich das Sonderschulwesen, abschaffte, ohne das gesamte Schulwesen auf den Prüfstand zu stellen, und das bedeutet, seine bisherige selektive Verfasstheit zu überwinden. Dass hierzu auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist, belegt schon die durch bekundeten Wählerwillen gescheiterte Einführung der sechsjährigen Primarschule (geplant mit inklusivem Content) im Bundesland Hamburg im Juli 2010.

Die Qualität einer inklusiven Schule ist unlösbar gebunden an die Qualität der pädagogischen Arbeit. Gut ausgebildete, engagierte und kompetente Lehrerinnen und Lehrer sind erforderlich, um mit Heterogenität angemessen umzugehen. Dies gilt nicht nur für die Sonderpädagogen, sondern ebenso für die Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen. Dabei ist sicherzustellen, dass in einer inklusiven Schule die sonderpädagogische Expertise gewährleistet wird, die ihren Niederschlag auch in der Erarbeitung spezifischer Curricula findet und die an eine Verankerung in der sonderpädagogischen Lehre und Forschung auf universitärem Niveau gebunden ist. Ein weiteres notwendiges Qualitätsmerkmal für eine erfolgreiche schulische Bildung stellt das Angebot einer multi- und interdisziplinären Förderung und Begleitung einschließlich therapeutischer und pflegerischer Angebote dar, auf die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in vielen Fällen angewiesen sind. In diesem Zusammenhang ist auf die Gültigkeit des Artikel 26 BRK „Habilitation und Rehabilitation“ auch für die Bildungsangebote hinzuweisen.

Nach bisherigem Kenntnisstand und auch in internationaler Perspektive ist davon auszugehen, dass es auch zukünftig eine Vielfalt von Unterstützungssystemen geben wird, wenn das Recht auf Bildung eines jeden behinderten Schülers, auch des schwerst behinderten, eingelöst werden soll. Die gegenwärtige Verfasstheit des deutschen Bildungswesens lässt nicht erkennen, dass in der nächsten Zukunft gänzlich auf Sonderschulen verzichtet werden kann, die sich seit langem als Orte von Teilhabe und gesellschaftlicher Inklusion verstehen. Ein Umbau der Regelschule zu einer wahrhaft inklusiven Schule setzt voraus, dass die Kommunen als Schulträger in den Prozess verantwortlich mit einbezogen werden, damit Schule zu einem Lebens- und Sozialraum wird, in dem auch die notwendige Therapie, Pflege und Teilhabeassistenz geleistet werden kann. Auch die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine inklusive Schule müssen geschaffen werden. Nicht zuletzt bedarf es eines Selbstverständnisses aller am Schulleben Beteiligten, das Menschen mit Behinderung das Gefühl der Zugehörigkeit und gegenseitiger Achtung und Wertschätzung vermittelt.

Die Reformprozesse so zu gestalten, dass sie den Zielen von Gerechtigkeit und Anerkennung, von individueller Freiheit, aber auch Chancengleichheit für alle Schüler ein ganzes Stück näher kommen – und dies alles unter dem Aspekt qualitativer, pädagogischer Arbeit und unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts von Eltern –, das ist die wahre Herausforderung an das gesamte deutsche Schulsystem.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. med. Matthias Schmidt-Ohlemann
(Vorsitzender der DVfR)



Prof. Dr. S. Ellger-Rüttgardt
(Vorsitzende Ausschuss Bildung,
Schule und Erziehung der DVfR)